Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12639**

18. Wahlperiode 01.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag weist die Einigung zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Bundesminister des Innern zurück.

Diese Erklärung spiegelt vor, dass Afghaninnen und Afghanen freiwillig zurückkehren. Von Freiwilligkeit kann keine Rede sein. Menschen werden unter Druck gesetzt und mit einer mit Repressionen verbundenen Abschiebung bedroht. Freiwillig geht niemand in dieses von Krieg und Gewalt geprägte Land zurück.

Auch die Differenzierung der Abschiebung zwischen Straftätern, Gefährdern auf der Basis einer angeblichen Einzelfallprüfung sowie Menschen, die ihre Identitätsfeststellung verweigern, widerspricht menschenrechtlichen Grundsätzen. Niemand darf in eine Situation gebracht werden, in der sein Leben und das Leben seiner Angehörigen aufs Höchste gefährdet ist.

Der Deutsche Bundestag und viele Abgeordnete haben sich laufend mit der Lage in Afghanistan beschäftigt. Eine neue Lagebeurteilung braucht nicht bis Juli aufgeschoben werden. Viele Nichtregierungsorganisationen, internationale Hilfsorganisationen bezeichnen die Lage in Afghanistan als nicht sicher.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan vorzunehmen.

Berlin, den 1. Juni 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion